

# Protokoll

## Stadtteilplenum Moabit West

**Datum:** 17.02.2004  
**Ort:** Stadtschloss Moabit, Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32B  
**Moderation:** Susanne Torka, Moabiter Ratschlag  
Susanne Sander, Quartiersmanagement Moabit West  
**Protokoll:** Jürgen Schwenzel  
**Teilnehmer:** Ca. 40 Personen

Vor Aufnahme der Tagesordnung weist Herr Schwenzel daraufhin, dass das Bezirksamt dem Moabiter Ratschlag für das Jahr 2004 noch keinen Auftrag für die Organisation des Stadtteilplenums erteilt hat. Frau Dubrau begründet dies mit der Haushaltssperre im Land Berlin. Voraussichtlich dauere die Haushaltssperre noch ca. fünf Wochen an. Sie teilt mit, dass es ihre feste Absicht sei die Bürgerbeteiligung in Moabit weiter zu finanzieren und bittet den Moabiter Ratschlag, die Leistungen auch schon ohne Auftrag zu erbringen.

### **TOP 1: Die Zukunft von Moabit West aus Sicht der Abteilung Stadtentwicklung des Bezirksamts Mitte: Bezirksstadträtin Dorothee Dubrau äußert sich zu Problemen und Planungen für Moabit West**

Frau Dubrau orientiert sich in ihrem Vortrag an einem Fragenkatalog, der ihr im Namen des Stadtteilplenums zugeschickt worden war:

#### **Finanzielle Situation**

Die finanzielle Lage Berlins und der Menschen wirkt sich aus im Sinne „Sparen macht ärmer“, durch Einsparungen verschlimmern sich schon angespannte Situationen. Ein Großteil ihrer Aufgaben umfasst daher das Heranschaffen von Finanzmitteln. Das Bezirksamt bündelt seine Aktivitäten in Verbindung mit den Quartiersmanagements in den verschiedenen Quartieren.

Der Schwerpunkt der Handlungsansätze verlagert sich immer mehr von baulichen Bereichen auf soziale Felder. Hauptschwerpunkte sind Bildung, Arbeit, Spracherziehung, Schule und Berufsausbildung. Die Stärkung des Gewerbes ist ein weiteres Ziel. Die Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistungsbetrieben ist wichtig um Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb sollte beim Verkauf von landeseigenen Grundstücken nicht so sehr darauf geachtet werden, die maximale Rendite für eine Liegenschaft zu erzielen, sondern neues Gewerbe anzusiedeln. Auf dem Berliner Grundstückmarkt stehen sehr viele Grundstücke zum Verkauf.

#### **Bildung und Schule**

Für Moabit West war die Schließung der Richard-Schröter-Grundschule ein einschneidender Faktor. Das Bezirksamt versucht den Kita-Standort Wiebestraße zu stärken. In der Verknüpfung mit dem „Meilenwerk“ erfolgt eine Teilfinanzierung für die Instandsetzung des Spielplatzes an der Wiebestraße, der auch der Kita zugute kommt.

Die Umgestaltung der Sportanlage Neues Ufer soll neben dem Vereinssport zukünftig auch vereinsungebundenen Freizeitsport und Freizeitnutzung ermöglichen. Für den Freizeitbereich werden über das Quartiersmanagement Gelder für die Baumaßnahmen bereitgestellt.

## **Sanierungsgebiete**

Die vom Bezirksamt beauftragte Mieterberatung für das Sanierungsgebiet Beusselstraße wird bis März durch die ASUM fortgeführt. Das Bezirksamt hat die Durchführung der Mieterberatung für die Sanierungsgebiete im Bezirk neu ausgeschrieben. Welche Firma den Auftrag für die Mieterberatung in Mitte erhält, steht noch nicht fest. Die Beauftragung des Moabiter Ratschlag mit der Bürgerbeteiligung wurde eingangs schon angesprochen.

Das Bezirksamt hat bei der Belegung von Wohnungen kaum Steuerungsmöglichkeiten, auf die soziale Mischung Einfluss zu nehmen. Der weitaus größte Teil von Wohnungen wird von privater Seite vermietet. Lediglich in Tiergarten-Süd gab es ein Projekt, bei dem Wohnungen **in Abstimmung zwischen dem Bezirksamt, den Eigentümern und dem QM** in der Belegung gesteuert wurde. Für Moabit West wäre es positiv, wenn junge Leute, möglichst mit Kindern nach Moabit kämen. Wichtig ist es die Gebietsbindung zu fördern. Dies kann z.B. über Eigentumsbildung bewirkt werden, z.B. in Form von Genossenschaften. Für das Sanierungsgebiet Beusselstraße ist derzeit die Entlassung aus der Sanierung im Gegensatz zu anderen Gebieten noch kein Thema.

## **Beteiligung der BürgerInnen / Quartiersmanagement**

Die Beteiligung der BürgerInnen an Planungen erfolgt z.B. in Form von Workshops. Die Bürgerjürs in den Quartiersmanagementgebieten sind ebenfalls ein sinnvoller Ansatz für Beteiligungsprozesse. Die Zusammenarbeit des Bezirksamts und des Quartiersmanagements wird noch enger werden. Der Bezirk Mitte ist der erste Bezirk, in dem probeweise ab Sommer/Herbst 2004 die Steuerung des Quartiersmanagements vom Senat an den Bezirk abgegeben wird. Die neuen Aufgaben werden von MitarbeiterInnen des Stadtplanungsamtes wahrgenommen.

## **Straßenbeleuchtung**

Der Bezirk Mitte ist für das gesamte Land Berlin zuständig für die Straßenbeleuchtung. Der Bezirk hatte dabei in einen bestehenden Vertrag zwischen Senat und der mit Prüfung und Wartung der Laternen beauftragten Firma AT Lux eintreten müssen. In der Vergangenheit hatte es von Bürgern massive Beschwerden gegeben, da die Wartung durch AT Lux mangelhaft erfolgt ist. Seit Endes 2003 gibt es einen neuen Anteilsinhaber bei der Firma AT Lux. Dieser stellt die Sicherung der Qualität der Beleuchtung an erster Stelle. AT Lux hatte die Priorität auf Einsparungen – zu Lasten der Qualität – gelegt. Motiv war der mit dem Land geschlossene Vertrag, der vorsieht, dass bei Kosteneinsparungen für Wartung ein Teil der Einsparung an die Wartungsfirma als zusätzlicher Gewinn geht. Der Vertrag mit AT Lux läuft zum 30.06.2005 aus. Nach der derzeit stattfindenden Abstimmung im Bezirksamt und mit den anderen Bezirken über das neue Modell des Wartungsvertrages (Entscheidung voraussichtlich Ende März) erfolgt dieses Jahr die Ausschreibung. Der neue Betreiber soll dann ab 01.01.2005 ein halbes Jahr von und mit AT Lux eingearbeitet werden.

## **Erdgeschossläden**

In Moabit stehen zahlreiche Erdgeschossläden mangels Kaufkraft der Bevölkerung und zu hoher Mietwünsche von Vermietern leer. Das Bezirksamt versucht auf Vermieter Einfluss zu nehmen, dass diese die Läden z.B. für Kunstprojekte und ähnliches gegen geringe Mieten oder die Betriebskosten überlassen. Die Neuansiedlung von Großmärkten versucht das Bezirksamt zu minimieren.

Für Moabit West wünscht Frau Dubrau, dass es gelingt, die Potentiale für Wohnen und Gewerbe positiv miteinander zu verknüpfen, damit auch sozial besser gestellte Personen den Kiez bereichern und buntes Leben im Kiez stattfindet. Frau Dubrau hofft, dass z.B. die Neugestaltung der Sportanlage Neues Ufer hierzu mit beiträgt.

## **Diskussion**

### **Ghettobildung, Attraktivität, Image**

Ein Bürger sieht die Fragen zur Verhinderung von Ghettobildung und einer Entwicklung von Parallelgesellschaften als noch nicht ausreichend angesprochen. Die Attraktivität von Turmstraße und Beusselstraße sei ebenfalls mangelhaft. Frau Dubrau antwortet, sie sei nicht der Ansicht, dass der Beusselkiez sich zu einem Ghetto entwickelt. Die Bürger sehen vorhandene Probleme und ärgern sich berechtigterweise darüber. Das dürfe aber nicht dazu führen, dass die Gebiete schlecht geredet und stigmatisiert werden. Vorhandenes Positives müsse herausgestellt und weiter verbessert werden.

Für Stephan Lange (Abt. Stadtentwicklung) ist Integration ein wichtiges Handlungsfeld. Die im Kontext oft mit diskutierte Kriminalität steht im Spannungsfeld zwischen subjektiver Empfindung und objektiven Daten. Die Schulen der benachteiligten Gebiete seien anders zu behandeln als andere Schulen, denn viele Migrantenkinder gehen nicht vorher in Kitas. In Migrantenfamilien sind Sprachkenntnisse und Bildung oft stark defizitär. Stephan Lange setzt auf die Initiierung sozialer Partnerschaften zwischen Firmen und sozialen Trägern.

Ein Plenumsteilnehmer schlägt vor, die je nach Bezirk unterschiedlichen Migrantenanteile in den Schulen nach USA - Vorbild dadurch auszugleichen, dass über die Bezirke hinweg durch Transport der Kinder mit Bussen in andere Bezirke der Migrantenanteil ausgeglichen wird.

### **Beteiligung**

Eine Plenumsteilnehmerin fühlt sich bei Beteiligungsmöglichkeiten oft nicht ernst genommen, sei es vom Quartiersmanagement oder vom Bezirksamt. Es gehe weder um schön reden noch schlecht reden der Situation im Kiez. Eine weitere Plenumsteilnehmerin bittet darum, wie die Beteiligung an Entscheidungsprozessen für Bürger direkter stattfinden kann. Zum Teil fehle es einfach an Informationsrückflüssen.

### **Bildung, Sport**

Die Ausführungen von Frau Dubrau zu Bildung werden aus Sicht von PlenumsteilnehmerInnen durch die zum Jahresende erfolgte Schließung der Brüder-Grimm-Bibliothek in der Turmstraße konterkariert. Ein anderes negatives Beispiel für Kinder und Familien ist die Schließung des Sommerbades vom Poststadion.

Im Gegensatz zur Brüder-Grimm-Bibliothek ist Frau Dubrau mit dem Poststadion selber befasst. Zum Stadion konnte in Verhandlung mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz erreicht werden, dass die Stadiontribüne samt des ehemaligen Kasinos mit Einsatz von Jugendlichen saniert wird. Anlass für die Verhandlungen des Bezirks mit der Stiftung war deren Begehren, im Bezirk viele Reklametafeln aufstellen zu dürfen. Auch Firmen sponsern die Sanierung des Poststadions. Frau Dubrau hofft, dass in zwei Jahren die Tribüne des Poststadions zu nutzen ist. Zur gastronomischen Nutzung des Kasinos werden Gespräche mit einer interessierten Behinderteneinrichtung geführt. Für das Sommerbad Poststadion gibt es derzeit zwei Konzepte von Interessenten. Frau Dubrau fände es sinnvoll, wenn ein Betreiber künftig sowohl Hallenbad wie Sommerbad im Poststadion betreiben würde. Die Berliner Bäderbetriebe seien dazu sicher nicht in der Lage.

### **Kultur**

Skepsis zur Attraktivität Moabits für gewünschte neue Bewohner wird in einem Beitrag beispielhaft daran festgemacht, dass Moabit kein Kino habe, als ein Beispiel für Defizite mit Grundangeboten.

## **Finanzielle Prioritätensetzung**

Zur Forderung aus dem Plenum, dass die Problemgebiete des Bezirks vom Bezirksamt finanziell prioritär behandelt werden sollten, entgegnet Frau Dubrau, dass in Alt-Mitte Investitionen privat finanziert werden. Finanzielle Förderung in den Sanierungsgebieten Spandauer und Rosenthaler Vorstadt erfolgt aus Denkmalschutzmitteln, der Bezirk setzt in diesen Gebieten kaum Eigenmittel ein. Bei der EU-Förderung werden Ost-Gebiete über die EU in eine höhere Förderstufe eingeordnet als die Westgebiete. Das Bezirksamt versucht in verschiedenen Fällen, Gelder in die schwächeren Gebiete umzulenken. So sollen Ausgleichszahlungen eines Investors in Alt-Mitte für Maßnahmen im Wedding eingesetzt werden. Die Mittel für die Verkehrsberuhigung Rostocker/Wittstocker Straße sollen aus einem Programm für das Engelbecken mit finanziert werden.

## **TOP 2: Berichte**

Der Präventionsbeauftragte der Polizei vom Abschnitt 33 (Perleberger Straße) Jascha Wozniak (Tel. 4664-63237), stellt sich dem Plenum vor. Er hat seit 1990 Erfahrung im Präventionsbereich für Jugendliche. In den Jahren haben sich die Formen von Jugendkriminalität verändert: von Kriminalität aus Imponiergehabe und über Jugendbanden handelt es sich jetzt vor allem um Kriminalität zur Geldbeschaffung. Er hat früher im Rahmen einer operativen Gruppe Jugendgewalt gearbeitet. Jetzt soll versucht werden über Schulen Kinder / Jugendliche zu erreichen. Für Kinder und Jugendliche werden Anti-Gewalt Trainings angeboten. Für Grundschulkindern steht auch eine U-Bahn beim Abschnitt 33 zur Verfügung, in der Konfliktsituationen simuliert und in Rollenspielen Wege aus der Gewalt trainiert werden. Diese Kurse können über die Schulen gebucht werden.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden weitere Berichte etc. vertagt.

## **Zuständigkeitsbereiche von Frau Dubrau**

### **Leitung der Abt. Stadtentwicklung – StadtL Frau Dubrau**

#### **LuV Planen und Genehmigen**

FB Planen – Stadtplanungsamt (Verbindliche Bauleitplanung – z.B. B-Pläne; Vorbereitende Bauleitplanung – z.B. BEP und QM; Planungsdurchführung – z.B. Bauanträge; Sanierungsverwaltungsstelle)

FB Genehmigen – Bauaufsicht (Allgemeiner Hochbau; Wohnungsaufsicht; Technik)

FB Denkmalschutz

#### **LuV Straßen- und Grünflächenamt**

FB Straßen- und Grünflächenverwaltung (z.B. Sondernutzungserlaubnis; Grundstücksangelegenheiten; Ordnungswidrigkeitenverfahren etc.)

FB Grünflächen (Grünflächenpflege, -unterhaltung, -entwicklung)

FB Planung, Entwurf, Neubau und öffentliche Beleuchtung (z.B. Kommunales Planungs- und Verkehrsmanagement; Planung, Entwurf, Projektsteuerung; Neubau von Grünflächen etc.)

FB Straßenunterhaltung, Straßenaufsicht (z. B: Bauanträge; Techn. Sondernutzung)

#### **LuV Vermessen**

Liegenschaftskataster; Kartographie /ALK ; Verm.- techn. Aussendienst; Verm. –techn. Innendienst; Grundstückswertermittlung; Sonderungsbehörde)

#### **LuV Umwelt und Natur**

Kommunales Umweltmanagement ; Reinhaltung der Luft – Immissionsschutz; Reinhaltung des Wassers und des Bodens

Naturschutz (z.B. Arten-, Baumschutz); Landschaftsplanung (z.B. Spielplatzplanung, Freiraum- und Grünflächenkonzepte); Umweltladen; Lokale Agenda 21